



1. Aktuelles
2. Parlamentarische Arbeit
3. Bürgerkontakt
4. Medienecho
5. Vorschau



Liebe Freunde und Mitglieder der FDP,

ich freue mich, Ihnen aus meiner Arbeit als Bundestagsabgeordneter berichten zu können. Mit meinem Newsletter möchte ich Sie regelmäßig über die aktuellen politischen Themen, das Wichtigste aus meiner parlamentarischen Arbeit sowie den Besuch von Bürgerinnen und Bürgern informieren.

Dr. Martin Lindner

1. Aktuelles

▪ Rücktritt Bundespräsident Köhler / Neuwahl

Den überraschenden Rücktritt von Prof. Dr. Horst Köhler vom Amt des Bundespräsidenten bedauere ich sehr. Während seiner Amtszeit hat sich der Bundespräsident höchste Anerkennung im In- und Ausland erworben und genoss vor allem in der Bevölkerung stets ein hohes Ansehen. Er war ein Bürgerpräsident im besten Sinne. Wir alle sind dem Bundespräsidenten zu großem Dank verpflichtet. Bundespräsident Köhler konnte sich bis zuletzt auf die Unterstützung durch die Liberalen verlassen.

Der neue Bundespräsident wird nun am 30. Juni von der Bundesversammlung gewählt.

Die Parteivorsitzenden von CDU, CSU und FDP haben sich für den amtierenden Ministerpräsidenten Niedersachsens, Christian Wulff, als gemeinsamen Kandidaten für das bürgerliche Lager entschieden. Rot-Grün stellt den ehemaligen Leiter der Stasi-Unterlagenbehörde, Joachim Gauck, zur Wahl.

Innerhalb der FDP wurde viel Sympathie für Joachim Gauck geäußert. Keine Frage: Gauck ist eine sehr respektable Persönlichkeit und seine Aufstellung ist ein sehr intelligenter Schachzug. Das muss man neidlos anerkennen. Klar ist aber, dass die Koalition selbstverständlich einen eigenen Kandidaten aufstellt, auch um ihre Handlungsfähigkeit zu demonstrieren.

Mit Christian Wulff ist die Wahl auf eine Person aus der aktiven Politik gefallen, da Deutschland für das höchste Amt im Staate eine politische Persönlichkeit braucht, die in demokratischen Wahlen bereits Unterstützung erfahren hat. Wulff kann ökonomische Zusammenhänge erklären und hat seine vielen Repräsentationsaufgaben als Ministerpräsident vorbildlich erfüllt. Unsere Parteifreunde aus Niedersachsen haben zudem in der Regierungskoalition sehr gute Erfahrungen mit ihm gemacht.

Ich bin überzeugt, dass die FDP bei der Präsidentenwahl eine einheitliche Linie vertritt.

▪ Opel

Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) hat den Antrag des Autobauers Opel auf Staatshilfe aus dem Deutschlandfonds in Höhe von 1,1 Milliarden Euro abgelehnt. Seine Entscheidung ist nach sorgfältiger Prüfung aller relevanten Sachverhalte im Rahmen des rechtlich Möglichen und wirtschaftlich Gebotenen erfolgt und ich unterstütze unseren Wirtschaftsminister auf ganzer Linie. Der deutsche Steuerzahler darf nicht zur Zapfsäule für Großkonzerne werden. General Motors hat genug finanziellen Kraftstoff, um Opel den Sanierungsweg zu ermöglichen.

In der sozialen Marktwirtschaft geht es um die richtige Balance zwischen Markt und Staat. Nach den immensen Konjunkturprogrammen, von denen übrigens Opel in doppeltem Maße – nämlich Abwrackprämie und Überbrückungskredit – profitiert hat, muss das Pendel wieder in Richtung Markt schwingen.

Für die Ablehnung von Staatshilfen waren mehrere Gründe ausschlaggebend: So verfügt General Motors über ausreichende finanzielle Mittel – 10 Milliarden Euro nach konservativer Rechnung. Damit kann GM die Restrukturierung eines seiner wichtigsten Unternehmen aus eigener Kraft bewältigen. General Motors steht wirtschaftlich sehr viel besser da als vor einem Jahr. Das Unternehmen ist deutlich gestärkt aus dem Insolvenzverfahren herausgekommen. Im ersten Quartal dieses Jahres hat das Unternehmen einen Gewinn von fast 900 Millionen Dollar erwirtschaftet. Der Börsengang ist in Vorbereitung.

Opel ist es nicht gelungen, eine Bank zu finden, die bereit ist, ein eigenes Risiko zu übernehmen. Es ist üblich, dass Banken mindestens 10 Prozent des Risikos tragen. Dazu ist offensichtlich keine Bank bereit. Das bedeutet, dass erhebliche Zweifel an der Tragfähigkeit des Vorhabens bestehen, und die Banken eine Rückzahlung des Kredits als unsicher ansehen.

Der Automobilmarkt ist durch erhebliche Überkapazitäten geprägt. Staatliche Unterstützung für

ein Unternehmen führt daher zu gravierenden Wettbewerbsverzerrungen. Die Sicherung von Arbeitsplätzen bei Opel, finanziert durch deutsche Steuergelder, gefährdet dann Arbeitsplätze bei anderen Unternehmen der Branche.

Die Leistungsfähigkeit des amerikanischen Mutterkonzerns steht außer Frage. Nun muss die Mutter ihrer Verantwortung gegenüber der Tochter nachkommen und für die Standorte und die Arbeitsplätze sorgen. Wenn die vier Bundesländer mit Opel-Werken im Alleingang ein Rettungspaket für den Autobauer auf den Weg bringen wollen, dann ist dies nicht eine Angelegenheit der Bundesregierung.

2. Parlamentarische Arbeit

▪ Arabien-Reise

Zusammen mit Kolleginnen und Kollegen aus dem Wirtschaftsausschuss des Deutschen Bundestages reiste ich vom 28. Mai bis zum 6. Juni 2010 auf die arabische Halbinsel. Der Delegation gehörten unter anderem Prof. Dr. Heinz Riesenhuber (CDU) und Wolfgang Tiefensee (SPD) an. Stationen der Reise waren Saudi-Arabien, Dubai, Bahrain und Kuwait.



Quelle: Al-Watan, 3.6.2010

Auf dem Programm standen Treffen mit hochrangigen Vertretern emiratischer Kaufmannsfamilien und deutschen Unternehmern, ein Gespräch mit H.E. Sultan Bin Saeed Al Mansouri, dem Wirtschaftsminister der VAE, ein Treffen mit dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses des Königreiches Bahrain, Herrn Khalifa bin Ahmed Al-Dhahrani, sowie ein Gespräch mit dem Präsidenten des Oberhauses, Herrn Ali bin Saleh Al-Saleh. Außerdem besuchten wir das Dubai Institute of Technology (Fraunhofer Gesellschaft) sowie eine petrochemische bzw. aluminiumverarbeitende Industrieanlage in Bahrain. Schwerpunkt der

Reise war die Vertiefung und Weiterentwicklung der hervorragenden Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Ländern der Golfregion. Vor diesem Hintergrund wollen wir die wechselseitigen Investitionen ausbauen. In Anbetracht der enormen Entwicklung deutscher Firmen und deren weltweiten Erfahrungen will die arabische Seite den Nutzen aus deutscher Technologie für die Entwicklung vor Ort ziehen.

▪ Haushalt / Sparklausur

Auf der Haushaltsklausur des Kabinetts ist es gelungen, tatsächlich ein Sparpaket auf den Weg zu bringen und nicht wieder den einfachen Weg über Steuererhöhungen zu gehen. Wir als FDP haben immer wieder deutlich gemacht, dass dieser Staat nicht etwa ein Einnahmenproblem hat, sondern ein Ausgabenproblem. Vor diesem Hintergrund ist es richtig, dass jetzt auch mit Blick auf zukünftige Generationen und Nachhaltigkeit ein Sparhaushalt auf den Weg gebracht wird.

Ich denke, das Paket der Bundesregierung ist zunächst eine gute Grundlage für die Beratungen im Deutschen Bundestag. Ich sage allerdings an dieser Stelle ganz klar: Wir sind jetzt am Anfang. Das sind die Eckpunkte zum Haushalt und wir werden jetzt einen langen Prozess vor uns haben, auch im Parlament. Da wird es mit Sicherheit auch weitere Vorstellungen und Ideen geben, die in diesen Prozess eingebracht werden. Ein Haushalt, der nicht allen wehtut, ist kein guter Haushalt. Nur dann stellt sich bei allen ein Gefühl von Gerechtigkeit ein.

Das Sparpaket zeigt vor allen Dingen eines, dass diese Koalition die Stärke hat zu handeln. Wir haben einen Haushalt vorgelegt, der eben nicht mit noch mehr neuen Steuern finanziert wird. Dies erreichen wir durch Sparanstrengungen bei gleichzeitig klarem Schwerpunkt im Bereich Bildung und Forschung. Das ist vor allen Dingen eine gute Botschaft für die junge Generation in diesem Land.

3. Bürgerkontakt

▪ Besuchergruppe am 16. Mai 2010

Am 26. Mai 2010 lud ich zum zweiten Mal eine Gruppe von politisch interessierten Bürgerinnen und Bürgern zu einem Tag durch das politische Berlin ein.

Die Tour wurde in Zusammenarbeit mit dem Presse- und Informationsamt der Bundesregierung zusammengestellt. Auf dem Programm standen u. a. ein Informationsgespräch im Auswärtigen Amt sowie der Besuch des Denkmals für die ermordeten Juden Europas. Komplettiert wurde der Tag durch die Teilnahme an einem Vortrag im Reichstagsgebäude und einem anschließenden Diskussionsgespräch mit mir. Abschließend gab es eine Schiffsrundfahrt mit einem Abendessen. Auf der zweistündigen Fahrt hatten alle Gäste noch einmal die Möglichkeit, mit mir zu diskutieren und beim gemütlichen Beisammensein die Rundfahrt auf der Spree zu genießen.

Nach einem abwechslungsreichen und interessanten Tag durch das politische Berlin reiste die Gruppe mit vielen neuen Eindrücken und Informationen im Gepäck nach Hause.



4. Medienecho

- **Anne Will – „Präsidentenpoker und Sparhammer – bekommt Schwarz-Gelb noch die Kurve?“, 6. Juni 2010**

Gäste der Sendung waren neben mir der ehemalige bayerische Ministerpräsident, Edmund Stoiber, die stellvertretende SPD-Parteivorsitzende, Manuela Schwesig, der ehemalige Bundesvorsitzende der Partei Die Linke, Oskar Lafontaine, und Hans-Ulrich Jörges, Chefredakteur für besondere Aufgaben beim Magazin „Stern“.

Die Sendung können Sie sich unter folgendem Link ansehen:
<http://daserste.ndr.de/annewill/videos/annewill2118.html>

5. Vorschau

- **Gespräch des Wirtschaftsausschusses mit EU-Kommissar Günther Öttinger**
14.06.2010
- **Gedenkveranstaltung der Bundesregierung zum 17. Juni 1953 – Friedhof Seestraße**
17.06.2010

- **Arbeitsfrühstück der Parlamentariergruppe ‚Arabischsprachige Staaten‘ mit einer Delegation des jemenitischen Parlaments**
18.06.2010
- **Treffen des Außenwirtschaftsbeirates mit Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle**
23.06.2010
- **14. Bundesversammlung, Wahl des Bundespräsidenten**
30.06.2010
- **Berliner Forschungsfrühstück BDI / BASF**
05.07.2010

